

Gedanken zu Krieg und Frieden im Jahr 2014

Hans Günter Becker, Vorsitzender der TIG Strausberg

Das 24. Strausberger Friedensfest und „Strausbergs erster Großer Zapfenstreich“ (so der Titel in der „Märkischen Oderzeitung“ vom 25.8.2014) sind eine Aufforderung nachzudenken. Dies auch in Anknüpfung an den Leitartikel in **ISOR aktuell** vom August dieses Jahres.

Linke Organisationen und Bürgervereine treffen sich seit 24 Jahren sonnabends am letzten Augustwochenende und legen ein Bekenntnis für die Erhaltung des Friedens ab.

In diesem Jahr sind viele Menschen besonders in Sorge, dass die militärischen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten, besonders aber der Bürgerkrieg in der Ukraine, außer Kontrolle geraten und zu einem Krieg zwischen der NATO und Russland führen könnten.

Nur wenige Meter vom Veranstaltungsort unseres Friedensfestes entfernt feierte am 24.8.2014 das Kommando Heer der Bundeswehr seinen Einzug in die ehemaligen Gebäude des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR und seine Standortverlagerung von Bonn und Koblenz nach Strausberg mit einem Großen Zapfenstreich und einem Festakt (nebenbei: „Großer Zapfenstreich“ gilt als höchste Form militärischer Ehrenbezeugung und erfolgt nur aus besonderen Anlässen mit Genehmigung des Bundesministeriums für Verteidigung).

Zum Friedensfest gehören traditionell Foren und Podiumsgespräche über Krieg und Frieden, so auch in diesem Jahr. Ehemalige Angehörige der NVA beteiligen sich aktiv an diesen Gesprächen.

Für Angehörige der Bundeswehr ist es vermutlich der falsche Ort, sich zu zeigen, denn die NVA war eine Armee des Friedens und hat als einzige deutsche Armee nie an Kriegseinsätzen teilgenommen.

Diese Wahrheit ist im Gedächtnis der Menschen besonders in Strausberg fest verankert.

Es fragt sich, welcher Geist Einzug gehalten hat mit dem Umzug der Obersten Heeresleitung der Bundeswehr in den alten Kasernenkomplex und die nebenan befindliche „Akademie für Information und Kommunikation“,

eine ehemalige militärische Tagungsstätte der Warschauer Vertragsstaaten.

Eine Antwort, so scheint es, findet sich in dem Strategiepapier „Neue Macht - Neue Verantwortung“ (Untertitel: „Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch“), gemeinsam erarbeitet und vorgelegt von der deutschen „Stiftung Wissenschaft und Politik“ und des „German Marshall Fund of the United States“, einer bekannten US-amerikanischen „Denkfabrik“. In ihm wird unter dem Hauptpunkt „Deutschland und die internationale Ordnung“ schlussfolgernd formuliert: „Zum Schutz der internationalen Ordnung muss Deutschland notfalls bereit sein, militärische Gewalt anzudrohen oder anzuwenden“.

Wenn wir die jüngsten, mehrfach wiederholten Ausführungen von Herrn Gauck und anderen Spitzenpolitikern hören, wird so ein Weg vorgezeichnet, der Deutschland in militärische Auseinandersetzungen, in Kriege führt.

Als Mitsiebziger, der den Zweiten Weltkrieg als Kind noch kennengelernt hat, lehne ich ein derartiges Szenarium konsequent ab. Die Lehren deutscher Geschichte und die Erfahrungen aus dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und die sich daraus ergebende Verantwortung für Deutschland fordern, alles zu tun, um Kriege zu verhindern.

Liebe sich die Bundesregierung davon leiten, wäre jeglicher Waffenexport zu unterbinden. Als drittgrößter Waffenexporteur weltweit liefert Deutschland aber bekanntermaßen Waffen auch in Konfliktregionen und Krisengebiete, besonders des Nahen und des Mittleren Ostens. Wer heute im Besitz der Waffen ist, die einst nach Saudi Arabien, Irak, Katar und die Golfstaaten geliefert wurden, dürften die Nachrichtendienste der NATO-Staaten sehr wohl wissen!

Die aktuelle Gefahr der Ausbreitung des Bürgerkrieges in der Ukraine sowie die Sanktionen gegen Russland sollen per erprobtem Propagandafeldzug vermitteln, dass Russland Verursacher des Konflikts sei. Bisher ist diese Medienstrategie noch nicht im gewünschten Maße gelungen. Die Bürger sind kritisch und



Deutschlands Verantwortung:
Von ihm soll nur Frieden
ausgehen

sehen: Die eigentlichen Verursacher des Konflikts sind offensichtlich die USA und weitere NATO-Staaten, die die Bandera-Faschisten ausgebildet und auf den Maidan geschickt haben und so auch die Verantwortung für die Toten auf dem Maidan und wohl auch für den Abschuss der malaysischen Zivilmaschine zu tragen haben. Die militärische Einkreisung und die Ausschaltung Russlands aus der globalen Politik bleiben Hauptziel der USA und ihrer Verbündeten.

Es sei vermerkt, dass Frau Merkel offensichtlich die Denkweise Putins und auch die Geschichte der deutschen Politik gegenüber Russland kennt.

Frühere realitätsnahe deutsche Politiker haben richtigerweise stets die Respektierung russischer Interessen in der deutschen Politik angemahnt. Es sollte auch nicht übersehen werden, dass Deutschland (und auch Preußen) nie einen Krieg gegen Russland gewonnen hat und in Konflikten stets Russland Sieger gewesen ist. Das sind Lehren der Geschichte, die man nicht ignorieren darf.

Eine mich bewegende Frage ist, welche strategischen Schwerpunkte der Obersten Heeresleitung der Bundeswehr in Strausberg gestellt werden. Ist es die Planung zur Vorbereitung des Heeres auf Kampfeinsätze und Kriege?

Heeresinspekteur Generalleutnant Kasdorf zählt heute zu den Generalen mit den größten Einsatzerfahrungen. Zweimal war er Chef des Stabes der ISAF in Afghanistan. Seine Vorgesetzten waren Vier-Sterne-Generale der US-Armee.

Tatsache ist, dass die Ausbildung des Heeres neu konzipiert wird. Wozu werden Soldaten der Bundeswehr nach Israel geschickt, um dort im Häuser- und Tunnelkampf ausgebildet zu werden?

Deutsche Politiker begründen alle diese Maßnahmen mit mehr Verantwortung in der Welt. Verantwortung ja, aber darunter verstehe ich, an politischen Lösungen von Konflikten aktiv mitzuarbeiten und nicht Kriege zu führen.

Die Bürger haben ein Recht darauf, aktiv an der Diskussion über die Verantwortung Deutschlands in der Welt teilzunehmen.

Es ist offensichtlich, dass sich die NATO – und in sie eingebunden die Bundesrepublik – von einer Strategie der Abrüstung verabschiedet hat. Beginnt jetzt die Vorbereitungsetappe für neue Kriege unter aktiver Teilnahme Deutschlands?

Eine größere Verantwortung Deutschlands in der Welt sollte bedeuten, dass von ihm nur Frieden und keine Aggressionen ausgehen. Die Bundesrepublik Deutschland darf nur im Rahmen eines Mandats aufgrund von UN-Beschlüssen zur Lösung von Krisen tätig werden. Das ist die Botschaft des 24. Friedenstreffens im August 2014 in Strausberg.

Wir, die ISOR – Mitglieder, fühlen uns bleibend dem Frieden verpflichtet.

*

Podiumsgespräch zum Friedensfest in Strausberg

Der besondere Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf den Jahrestagen des Beginns der beiden Weltkriege. Das wurde u. a. charakterisiert durch das Auftreten des gemeinsamen deutsch-polnischen Jugendorchesters.

Unter den vielfältigen Veranstaltungen des Friedensfestes fand das Podiumsgespräch zum Thema „Krieg und Frieden in der Gegenwart“ reges Interesse. Das zeigte sich besonders an der hohen Beteiligung, an der Diskussion und leider auch am Platzmangel im vorgesehenen Raum.

Dr. Crome vom Friedenskreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung legte anhand von Beispielen aus dem letzten Jahrhundert die Zusammenhänge zwischen den jeweiligen Interessen, Kriegen und Veränderungen der Machtverhältnisse dar. Zusammenhänge, die bis heute wirken. Kriege sind nicht „ausgebrochen“, sie werden gemacht! Zugriff auf Energiequellen einschließlich der Transportwege bildet heute einen der wichtigsten Interessenkonflikte. Weitere Konflikte bilden sich heraus. Die Wirtschaft Asiens entwickelt sich stark, Verschiebungen im Weltmaßstab zeichnen sich ab. Die Bundesrepublik nimmt aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke eine hegemoniale Position in Europa ein.

Im Zusammenhang mit diesen Fragen konzentrierte sich die Diskussion besonders auf die von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik gemeinsam mit einem regierungsnahen US-amerikanischen „German Marshall Funds“ erarbeitete Studie „Neue Macht - Neue Verantwortung“. Der Kerngedanke ist:

„Die USA signalisieren - im Bewusstsein der geschrumpften materiellen Ressourcen deutlich, dass Amerikas Engagement in der Welt künftig selektiv und sein Anspruch an die Partner entsprechend höher sein wird.“ (S.5, Abs. 2)

Diese Erwartungen der USA treffen insbesondere auf die Bundesrepublik zu. Die Studie ist ein Dokument, welches pünktlich zu den Verhandlungen der aktuellen Regierungskoalition vorlag. Die in der Öffentlichkeit wenig bekannte Studie dient als Handlungsgrundlage der Bundesregierung. Die USA orientieren zunehmend die NATO und so genannte „Koalitionen von Willigen“ zur Erfüllung ihrer Ziele. Der Bundespräsident, die Ministerin für Verteidigung und weitere hochgestellte Persönlichkeiten lassen sich keine Gelegenheit entgehen die Bevölkerung der Bundesrepublik auf diese Politik einzuschwören.

Insgesamt bestehen zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland durchaus Unterschiede in der Interessenlage. Der bekannte langjährige Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, wies bereits seit Ende des Kalten Krieges auf die Bedeutung der Ukraine für die Eindämmung Russlands hin. Für Deutschland sind gute Wirtschaftsbeziehungen zu diesem Land von hoher Bedeutung.

Die Schlussfolgerungen aus dem „Helsinki-Prozess“ zur Erhaltung des Friedens, besonders die Schlussakte, finden in der Studie keine Erwähnung. Die Bundesrepublik will „in der Liga der globalen Akteure“ mitspielen und dazu mehr Verantwortung übernehmen, d.h. auch mehr militärische Gewalt in der Welt zeigen.

Im Weltmaßstab zeichnen sich Entwicklungen ab, die zu epochalen Veränderungen des Kräfteverhältnisses führen. Die Volksrepublik China, die asiatischen Staaten, die Gruppe der BRICS-Staaten entwickeln ihr Bruttoinlandsprodukt in einem Maße, das sie in der Summe die USA und später auch die westlichen Industriestaaten überholen können. Die Position der USA als Weltmacht Nr.1 ist gefährdet.

Sie haben seit Ende des Kalten Krieges ihre Militärausgaben nicht verringert, sie stellen in der Welt die stärkste Militärmacht dar. Es ist davon auszugehen, dass sie eben diese Macht zur Erhaltung ihrer Rolle in der Welt auch einsetzen. Die Kriege in der letzten Zeit sind vorrangig gerichtet auf die Eindämmung Russlands und der Volksrepublik China. Das trifft auch auf die Entwicklung in der Ukraine zu. Zur Erreichung ihrer Interessen scheuen sich die Bundesregierung und weitere dort wirkende Einrichtungen der Bundesrepublik nicht, mit eindeutig faschistischen Kräften zusammenzuarbeiten.

In der Diskussion nahmen die Fragen der verstärkten Vorbereitung der Bundeswehr auf Kriegseinsätze und der Militarisierung der Außenpolitik der Bundesrepublik einen besonderen Rang ein. Mehrere Beiträge betrafen Politikbereiche, in denen die Umset-

zung der Studie „Neue Macht - Neue Verantwortung“ offensichtlich ist. Das waren außer der bereits erwähnten Vorbereitung der Bundeswehr auf Kriegseinsätze:

- Waffenlieferungen in Krisengebiete;
- Orientierung auf eine Militarisierung der Außenpolitik;
- Gleichschaltung der Medien auf den Kurs dieser Studie.

Einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion stellte die Berichterstattung der Medien über den Absturz des Passagierflugzeuges MH-70 dar. Insgesamt tobt dabei ein Krieg um die Köpfe der Menschen. Die Meldungen, besonders in den elektronischen Medien, sind so einseitig gestaltet, dass eine eigene Meinungsbildung nicht möglich ist.

Mehrfach wurde von den Teilnehmern der Wunsch auf weitere Gespräche dieser Art geäußert.

Schlussfolgernd ist festzustellen: Der Frieden ist wieder in Gefahr! Aufbauend auf die in der Bevölkerung vorhandene Antikriegsstimmung sollten die Friedenskräfte mobilisiert werden. Für die Partei Die Linke ist die Zusammenarbeit mit allen diesen Kräften für die Erhaltung des Friedens von großer Bedeutung.

Wolfgang Neidhardt

*

Aus der Arbeit des Vorstands

Nach einer Diskussion zu den Ergebnissen der Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen beschäftigte sich der Vorstand mit Problemen der weiteren Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit. U.a. wurde angeregt, das Erscheinungsbild des Internet-Auftrittes ansprechender zu gestalten.

*

Der Vorstand bestätigte eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit mit der Interessengemeinschaft Grenzernachlässe und Archiv (IGRA) und zu deren Unterstützung.

*

Der Schatzmeister informierte über die Erfüllung des Finanzplanes für das I. Halbjahr 2014. Danach wurden in diesem Zeitraum bereits 60% der für 2014 geplanten Einnahmen realisiert, was auf die oft schon am Jahresanfang für das gesamte Jahr entrichteten Beiträge zurückzuführen ist. Die Ausgaben bewegen sich im geplanten Rahmen.

*

Zwischenruf

Jubiläen in Deutschland: Sie gelten, wohl natürlich für dieses Land, besonders zwei Kriegen, die im vorigen Jahrhundert von ihm ausgingen, wesentliche Teile von Europa und dem Fernen Osten in Schutt und Asche legten und, wohl auch natürlich, für den deutschen Militarismus, unrühmlich verloren gingen.

Das hindert heute bestimmte Theologen nicht, alle Lehren dieser tödlichen Politik in den Wind zu schlagen und ein Ende der Schamfrist auszurufen, nach der man nun auch wieder zu den Waffen greifen müsse. Leider, leider. Zum Trost wurde vorbeugend ein evangelischer Militärbischof inthronisiert. Wenn in wenigen Wochen die Ankunft des Erlösers begangen wird, hören auch seine Schäfchen wieder die himmlische Botschaft von „Friede auf Erden...“. Nach dem Waffenreinigen.

Die Schlussfolgerung aus millionenfachem Tod und Leid hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein deutscher Staat gezogen, der innen- und außenpolitisch dafür wirkte, dass von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen dürfe. In den letzten Jahren erstarrte die Führung der DDR und anstatt sich an die Spitze der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ zu setzen, überließ sie die Initiative Theologen. Damit gab sie etwas auf, was sie, Achtung!, noch ein Jubiläum, im Oktober vor 40 Jahren in die Verfassung schrieben ließ:

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei. (...)

Als 15 Jahre später die Führung dieser Partei dringend geboten war, lag die Macht auf der Straße. Aber nicht lange. Der Friede auf Erden ist fern. Laut OECD war 2011 das kriegsreichste Jahr seit 1945. w.k.



Am 13.9.2014 trafen sich 78 Mitglieder der TIG Stendal, Salzwedel, Klötze und Gardelegen zu ihrem 14. Altmarktreffen in der Ausflugsgaststätte „Feine Sache“.

In einem inhaltsreichen Referat gab der Vorsitzende der ISOR, Horst Parton, einen Einblick in die Arbeit des Vorstandes und vor allem zum Stand der Ergebnisse beim Bundesverfassungsgericht. Es war zu spüren, dass die Anwesenden mit Spannung darauf gewartet haben. Wir wurden nicht enttäuscht, so die Stimmung hinterher. Es gab und gibt noch keine konkreten Ergebnisse aber es bewegt sich was in Hinblick auf die Behandlung der Verfassungsbeschwerde.

Nach Diskussionen über die Fortsetzung des Altmarktreffens wurde entschieden, das 15. dieser Art am 12. September 2015 durchzuführen.

Das diesjährige klang aus mit vielen individuellen Gesprächen bei Kaffee und Kuchen. Viele nutzten die Gelegenheit, bei zünftiger Blasmusik der Feuerwehrkapelle aus Klenze ein Tänzchen zu wagen.

Eckhard Szabaschus

*

WIR MACHEN WEITER ist die Haltung der meisten unserer Betreuer in der TIG Berlin-Marzahn.

NIEMAND WIRD ALLEIN GELASSEN unter diesem Motto führte unser Vorstand Beratungen mit allen Betreuern in den Gebieten durch.

Gemeinsam mit Partnern, Freunden und Gleichgesinnten aus anderen Verbänden, Vereinen und der Partei der LINKEN gestalteten wir die Veranstaltungen im ersten Halbjahr 2014.

Dank der Unterstützung durch den Vorsitzenden des Ältestenrates beim Parteivorstand der LINKEN, Dr. Hans Modrow, den Vorsitzenden der Alexander Humboldt Gesellschaft Dr. Winfried Hansch, den langjährigen Diplomaten der DDR, Otto Pfeiffer, und durch das Auftreten des 3. Sekretärs der Botschaft Kubas in der BRD, Alberto Berbes, wurden uns in verschiedenen Veranstaltungen Kenntnisse über die politischen und sozialen Veränderungen in Lateinamerika vermittelt.

Bedeutsam ist die Entwicklung vieler Gemeinsamkeiten. Hans Modrow überzeugte mit seiner Vorstellung: der Sozialismus stellt sich wieder als Hoffnung dar. Er verwies aber auch auf Zäsuren deutscher Politik, die vermitteln wollen, man sei wieder stark und müsse „Verantwortung“ übernehmen. Deutschland müsse seine „Last“ aus der Vergangenheit ablegen und sich, wenn notwendig, auch militärisch einbringen. Unser Mitglied Helmut Wagner zeigte uns den hohen Wert objektiver Informationen über die Entwicklung in der Ukraine.

Das mit anderen Vereinen und Verbänden festgelegte Motto, dem Gegner nicht die Zukunft zu überlassen, erfüllte sich auch in der Solidarität mit allen um die Befreiung kämpfenden Menschen. Die Mitglieder forderten die Freilassung der in den USA verurteilten Patrioten Kubas.

Die Entwicklung der Welt wird überschattet durch die von den USA verursachten Kriege. Dieser Politik müssen wir wie bisher Widerstand entgegensetzen.

Unser Hauptanliegen, die Beseitigung des Rentenstrafrechtes und des Rentenunrechtes, war auch im ersten Halbjahr Gegenstand unserer Arbeit.

In einer Beratung mit Vertretern des Vorstandes der LINKEN wurde die Bedeutung des Kampfes von ISOR für die Lösung anderer offener rentenrechtlichen Fragen hervorgehoben.

Die aktive Rolle von ISOR verwirklichte sich auch in der Unterstützung der Petition der GBM.

Da der Inhalt der Petition dem Antrag der Seniorenvertretung an den Seniorentag in Hamburg entsprach, wurden die öffentlichen Einrichtungen des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf von der Absicht der Petition informiert und um Unterstützung gebeten. Im Auftrage von Verbänden wurden der Senioren-Bezirksversordnetenversammlung am 26. Mai 2014 Fragen zur Petitionsbewegung und zu Problemen der Altersarmut in Marzahn-Hellersdorf gestellt.

In den Antworten der Seniorenvertretung zeigte sich erneut, dass sie in hervorragender Weise die Belange der älteren Menschen vertritt, in die sich ISOR aktiv einbringt.

Der ehrenamtliche Einsatz für die sozialen Belange der älteren Generation ist sehr hoch zu bewerten.

Zu den Ergebnissen unserer Arbeit zählt auch die vorbildliche Kassierung der Mitglieder. Wir erreichten auch ein hohes Spendenaufkommen.

Besonders danken wir den Mitgliedern, die durch Spenden uns helfen, den Kampf fortzuführen, obwohl sie nicht mehr dem Rentenstrafrecht ausgesetzt sind.

Gestützt auf „Info-Blitz“ der TIG Berlin-Marzahn

MfS-Zeitzeugen – für wen und warum unbequem?

Wolfgang Stuchly

Die „jungeWelt“ hatte am 4. September erneut zu einer Buchvorstellung zur MfS-Thematik in ihre Ladengalerie eingeladen. Wie zu erwarten, kamen viele, darunter auch zahlreiche Mitglieder der GRH und ISOR, die sich – wie bei derartigen Veranstaltungen von der jW erbeten – rechtzeitig angemeldet hatten. Lektor und Verleger Frank Schumann moderierte die Erstpräsentation des Buches „Unbequeme Zeitzeugen. Erinnerungen von MfS-Angehörigen“.

In seinem „Verlag am Park“ kam es Ende Juli auf den Markt (ISBN 978-3-945187-08-17). Dr. Reinhard Grimmer, mit Dr. Wolfgang Schwanitz einer der beiden Herausgeber, erläuterte das Anliegen des Buches und stellte in Kurzfassung die Beiträge vor. Das Buch verkörpert, verglichen mit solchen im

Sachbuchstil, wie u. a. „Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS“, „Fragen an das MfS“ und mit anderen einschlägigen Sachbüchern zum Thema MfS, eine andere Art des Schreibens. 15 ehemalige Mitarbeiter des MfS – darunter eine Frau – sowie Dr. Hans Reichelt, ehemaliger Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR, sind die Autoren von 16 sehr unterschiedlichen Beiträgen, die auf 485 Seiten höchst aktuelle Zeitgeschichte behandeln. Unter dem Titel „Unbequeme Zeitzeugen“ kommen Autoren zu Wort mit persönlichen Darstellungen ihrer Motive zur Tätigkeit im MfS, ihres gesellschaftlichen und familiären Umfeldes.

Das wird eingebettet in spannend be-

schriebene konkrete operative Tätigkeiten gegen Feinde der DDR, in Erfolge aber auch Niederlagen, in das Spannungsfeld von treuer Pflichterfüllung und aufkommenden Zweifeln bzw. Vorbehalten zu zentralen sicherheitspolitischen Entscheidungen besonders Ende der 80er Jahre.

Von den Autoren sprachen Harry Mittenzwei und Gerd Vogel vom Podium aus über in ihren Beiträgen behandelte Operative Vorgänge. Mittenzwei berichtete über die Liquidierung einer CIC-Filiale in Westberlin, in der und für die, wie auch in anderen westlichen Geheimdiensten, Altfaschisten bis hin zu Nazi-Verbrechern tätig waren.

➤➤➤ Fortsetzung auf Seite 6

Bei anderen gelesen

Aus dem Informationsdienst der Partei DIE LINKE

Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen

Zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2017 einen Fahrplan für die Angleichung der Ostrenten bis zum Jahr 2020 vorzulegen, erklären die Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Bodo Ramelow, Rico Gebhardt und Christian Görke:

Für Bodo Ramelow, kommt die Ankündigung von Angela Merkel spät, er führt aus: „Angela Merkels Ankündigung kommt spät. Die Renteneinheit kommt 2020 für viele zu spät. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Bundeskanzlerin bis zum Wahljahr 2017 warten will, um einen Fahrplan zu beschließen, der die Ostrentenangleichung auf das 30. Jahr nach der Wiedervereinigung verschiebt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, dieses Prinzip entspricht dem Geist des Grundgesetzes.“

Christian Görke fordert die Renteneinheit bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages 2017: „Wir wollen, dass die Renteneinheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode des Bundestages realisiert wird. Dort, wo wir Verantwortung in Landesregierungen übernehmen, bleibt diese Forderung

auf der politischen Agenda. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass auch diese Bundesregierung die Renteneinheit auf die lange Bank schiebt und auf die biologische Lösung setzt. Bis zum Jahr 2017 muss der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen werden. Wir warnen die Bundesregierung vor Trickereien. Die Renteneinheit muss ohne Schlechterstellung der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner in Ost und West realisiert werden.“

Rico Gebhardt sieht die Renteneinheit als Teil einer notwendigen großen sozialen Rentenreform: „Die Renteneinheit muss Teil einer großen sozialen Rentenreform werden, die das Prinzip der Sicherung des erreichten Lebensstandards im Alter wieder zur Richtschnur der gesetzlichen Rentenversicherung macht. Wir brauchen eine neue Rentenformel, die dafür sorgt, dass die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die im Alter zuverlässig vor Armut schützt. Und wir wollen nicht zuletzt, dass die Rente ab 67 zurückgenommen wird.“

*

Die „jungeWelt“ schrieb zu einem anderen Thema u.a.:

Deutschlands Kriegsmarine hat Probleme. Nein, die Hoheitsgewässer der Bundesrepublik sind derzeit nicht in Gefahr. Auch ist die Baltische Rotbannerflotte nicht vor Fehmarn gesichtet worden. Doch bei der

Piratenbekämpfungsmission »Atalanta« droht Ungemach: Die Hubschrauber »Sea Lynx« sind derzeit »nicht flugklar«. Somit musste, wie die Leitmedien am Montag empor bis süffisant berichteten, die Fregatte »Lübeck« am Montag wahrscheinlich ohne Bordhelikopter Richtung Indischer Ozean abdampfen. Bei einer Vorfluginspektion seien Defekte entdeckt worden, berichtete Spiegel online. Derzeit stehen alle 22 Seeluchse also nur herum.

Herausposaunt hat das Elend Staatssekretärin Katrin Suder. Die gute Frau kommt von der allseits beliebten und respektierten Unternehmensberatung McKinsey, ist quasi eine realkapitalistische Lichtgestalt, allerdings wie ihre Chefin schnöde Zivilistin und gilt als ultimative Herausforderung von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Immerhin, eine zentrale Botschaft haben Suder und von der Leyen nun im Äther. So geht das nicht! Deutschlands Marine, ja die gesamte Bundeswehr scheinen nicht einsatzbereit. Hier besteht Handlungsbedarf!

Es dürfte Angebote der Rüstungsindustrie geben, Forderungen nach mehr Geld für Auf-, Um- und Nachrüstung stehen ohnehin im Raum, denn da sind ja vor allem die bösen Russen. Vorerst scheint die Marine jedoch ein wenig flügelahm. Na und? Keiner bedroht sie und das Land, dessen Küsten sie schützen soll. Der wirkliche Problemfall sind Leute, die das Hubschraubergedöns als Blamage aufbauschen. Diese warten offenbar auf die nächste Hunnenrede.

➤➤➤ Fortsetzung von Seite 4

Und er verwies darauf, dass dieser operative Erfolg vor allem dank erfolgreicher Zusammenarbeit mit nahezu 100 Inoffiziellen Mitarbeitern erzielt werden konnte. Vogel sprach über die Bearbeitung eines Sabotage-Vorgangs unter dem Titel „Der Turbinenpapst“. In der folgenden Frage-Antwort-Stunde sprachen Helga Plache, Dr. Fritz Hausmann und Kurt Zeiseweis. Sie taten das engagiert, betont sachlich, mit hohem Faktengehalt und authentisch.

Ebenso Dieter Skiba, der die Behauptungen von Frau Lengsfeld, ehemalige Nazis seien nicht nur in westlichen Geheimdiensten, sondern zu Hunderten auch „bei der Stasi“ gewesen, mit dem Argument

konterte, dass tatsächlich Hunderte Nazis beim MfS waren – aber nicht als Mitarbeiter, sondern als Untersuchungshäftlinge wegen ihrer Verbrechen. Sie saßen auch in Hohenschönhausen ein, worüber in der dortigen „Gedenkstätte“ aber nicht informiert wird. Dieses überzeugende Auftreten nicht nur aus den Reihen der Autoren war sehr wesentlich für den Verlauf und den Erfolg der Veranstaltung.

Das umso mehr, weil einige „Aufarbeite-rinnen und Aufarbeiter“ um Frau Lengsfeld mit lautem Schreien und Zwischenrufen, mit bekannten Parolen und Hasstiraden offenkundig nur erschienen waren (wie schon bei anderen Präsentationsveranstaltungen zum Thema MfS), um den Akteuren und Zeitzeugen des MfS ins Wort zu fallen und die Veranstaltung zu stören. Sekundiert wurden sie von „Losungsträgern“, die sich vor der Galerie auf der Straße postierten und artikulierte. Übrigens auch mit einer Losung gegen „Geschichtsfälscher“. Das nahmen einige Autoren zum Anlass, unter Bezug darauf ihre Sicht auf ein objektives Geschichtsbild darzustellen und damit Beifall der übergroßen Mehrheit der Teilnehmer bekamen. Zielperson der lautstarken Hetze war vor allem Helga Plache, die das Wort ergriffen hatte, um den hysterischen Schreihälsen durch eine betont sachliche

und konkrete Darstellung ihres Handelns als ehemalige Mitarbeiterin der Hauptabteilung Untersuchung im MfS, wie im Buch ausführlich beschrieben, entgegenzuwirken. Sie verwies darauf, dass sie in ihrem Beitrag über jene vier Fälle geschrieben hat, in denen sie sich im Auftrage der DDR-Staatsanwaltschaft um die von republikflüchtigen Eltern im Stich gelassenen oder gesundheitlich gefährdeten Kleinkinder kümmern musste und wie sie das in deren Interesse verantwortungsbewusst getan hat. Ein

anwesender Journalist der Springerpresse erfüllte zwei Tage später seinen VerBILDungs-Auftrag, verbunden mit üblen Verleumdungen, Lügen, Unterstellungen und Verdrehungen – wie gewohnt.

Der Buchpräsentation tat das keinen Abbruch, im Gegenteil, sie war m. E. besonders erfolgreich. Anschaulich wurde deutlich, für wen und warum die Autoren nicht nur „Unbequeme Zeitzeugen“, sondern offenkundig für notorische Geschichtsklitterer und solche, die mit Geschrei, Geschichte im Sinne des herrschenden Zeitgeistes „aufarbeiten“, sogar gefährlich sind. Deshalb mein Dank an Helga Plache, an die Autoren und Herausgeber. Sie haben unsere Solidarität und Verbundenheit verdient.

Dem Verleger und den Herausgebern ist zuzustimmen – die Texte im Buch weisen unaufgeregt und sachlich nach: Hier wird deutsche Geschichte dokumentiert. Für heute, vor allem aber für die nachfolgenden Generationen. Möge das Buch ein weiterer Bestseller werden in der inzwischen stattlichen Bibliothek objektiver Editionen zum Thema MfS und Sicherheit der DDR.

Wolfgang Schwanitz/Reinhard Grimmer
(Herausgeber)
Unbequeme Zeitzeugen
Erinnerungen von MfS-Angehörigen
(Verlag am Park Berlin, 2014)
ISBN 978-3-945187-08-1, 485 Seiten

In Prohn bei Stralsund spricht am 25. November 2014 auf einer gemeinsamen Veranstaltung von ISOR und Rotfuchs Admiral a.D. Theo Hoffmann zum Thema „Die Lage in der DDR 1989 aus Sicht der Regierung“. Beginn 15 Uhr in der Gaststätte „Zur Kurve.“

Von Mitglied zu Mitglied

Herbst auf Usedom Kleine gemütliche Fewo für 2 Pers.in Koserow unweit von Wald und Meer ab 17. Oktober frei. Preis Oktober bis April 30 €/ Ü. Tel. 038377 40091.

*

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel , Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss: 24.09.2014

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.10.2014

Einstellung im Internet: 07.11.2014

Auslieferung: 13.11.2014

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: (030) 29784316
Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Tel.: (030)- 29784315 Sekretariat
29784317 AG Finanzen

Fax: (030)- 29784320

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056 BLZ: 100 500 00
IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56
BIC BELADEXXXX

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr
nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 15